

# Norwegisches Kopftuchverbot mit Folgen

## Peinlicher Rückzug des Justizministeriums

Der norwegische Justizminister hat sich nach mehreren verunglückten Vorstössen krankschreiben lassen. Die jüngste Affäre hat damit zu tun, dass er grünes Licht für Kopftücher im Polizeidienst gegeben hatte, dies aber nach Protesten wieder rückgängig machen musste.

### I. M. Stockholm, 6. März

Norwegens Justizminister Knut Storberget ist für zwei Wochen krankgeschrieben. Die Ursache ist nach offiziellem Wortlaut eine «physische Reaktion auf schwere Arbeitsbelastung während einer längeren Zeit». Dass der 44-jährige Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements Ende Februar kollabierte, ist allerdings nicht allgemeinem Stress und hohen Stapeln auf dem Bürotisch anzulasten, sondern ist eine direkte Folge der Hijab-Debatte, in der Storberget die Hauptrolle spielte. Der Justizminister hatte Anfang Februar grünes Licht für eine Zulassung religiöser Kopftücher im Polizeikorps gegeben, was zu einem Sturm der Entrüstung führte. Storberget musste dem Druck nachgeben und den umstrittenen Vorschlag zwei Wochen später in die Schublade zurücklegen. Dies war der zweite Rückzieher des wankelmütigen Justizministers innert kurzer Zeit. Schon sein Vorhaben, den Blaspheemie-Paragrafen abzuschaffen und stattdessen das Anti-Rassism-Gesetz so auszudehnen, dass Religionskritik darunter fällt, hatte er nach hohen Protestwellen ebenfalls aufgeben müssen.

### Erleichterte Rekrutierung?

Auslöser der ganz Norwegen bewegenden Kopftuchdebatte war die Anfrage einer 23-jährigen Polizeiaspirantin an das Polizeidirektorat, ob sie während ihrer Ausbildung und später im Dienst einen Hijab tragen dürfe, ein islamisches Kopftuch also, das Kopf und Schultern bedeckt. Anfang Februar gab das Justizministerium seine Zustimmung für eine Änderung des Uniform-Reglements. Dabei stützte es sich auf eine Empfehlung des Polizeidirektoriums, wonach religiöse Kopfbedeckungen die Rekrutierung von Personen ausländischer Herkunft in den Polizeidienst erleichterten und ein Spiegelbild der Bevölkerung darstellen. Dagegen protestierte die Polizeigewerkschaft, die gleiche Uniformen für alle fordert und meint, dass religiöse Kopfbedeckungen das Gebot der Neutralität verletzen. Auch viele Norweginnen und Norweger sind skeptisch. Zwei Drittel der Bevölkerung wünschen keine Polizisten mit Turban oder Kopftuch.

Auf der politischen Ebene brachte Storbergets Vorstöss, der dem Streben nach einem säkularen Staat widerspricht, Parteien aller Couleur auf

Trab. Die bürgerliche Opposition wie auch weite Teile der rot-grünen Regierungallianz wetteten gegen die Hijab-Erlaubnis, und nicht einmal in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Justizministers war das Ja genügend verankert, so dass Parteikollegen mit teilweise harscher Kritik nicht zurückhielten. Besonders weit ging die frühere Familien- und Gleichstellungsministerin Karita Bekkemellem, die das Tragen des Hijab (bzw. den Zwang dazu) mit Genitalverstümmelung verglich. Dass der Staat Bräuche mittrage, die das Prinzip der freien Lebensführung verletzen und die weibliche Sexualität eingrenzen, sei inakzeptabel. Gemässigt äusserte sich eine konservative Parlamentarierin, die davor warnte, die Polizei in ein Schlachtfeld der Religionen zu verwandeln.

Die Kopftuchdebatte war aber vor allem für die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FrP) ein gefundenes Fressen. Die Parteichefin Siv Jensen, die den Kampf gegen den radikalen Islam als den «wichtigsten unserer Zeit» ansieht, wurde in den vergangenen Wochen nicht müde, vor einer schleichenden Islamisierung und Ghettoisierung Norwegens zu warnen. Ihren politischen Gegnern warf sie vor, sich im Schützengraben zu verschanzten, statt die Diskussion aufzunehmen – eine Einschätzung, die der für Minderheitsfragen zuständige Abid Raja von der sozialliberalen Venstre-Partei teilt. Seiner Meinung nach hat der rot-grüne Block im Allgemeinen und die Arbeiterpartei im Besonderen die Integrationsdebatte aus Angst, des Rassismus bezichtigt zu werden, vernachlässigt und das Feld gänzlich der Fortschrittspartei überlassen.

Mit dieser Feigheit hätten die Sozialdemokraten den Einwanderern mehr Unrecht getan als die FrP, die bloss verbale Angriffe ausführe, meinte Raja in der linksgerichteten Zeitung «Klassekampen». Obwohl Raja inhaltlich weit entfernt ist von Jensens Ideologie, ist er einig mit ihrer Definition der integrationspolitischen Problemfelder, die von Sprache, Gleichstellung und Erziehung bis zu «Minoritätskriminalität» wie Zwangshe oder Mädchenbeschneidung reichen. Eine neue Umfrage scheint den Aufschwung der FrP zu belegen. Im Vergleich zum Vormonat kletterte die Partei in der Wählergunst von 23 auf über 29 Prozent und liegt – ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen – nicht mehr weit hinter der führenden Arbeiterpartei (33 Prozent) zurück.

### Wer spricht die Wahrheit?

Justizminister Storberget hielt dem heftigen Druck von allen Seiten und den Angriffen auf seine Person zwei Wochen lang stand. Dann brach er seine Winterferien ab, um an einer Pressekonferenz mitzuteilen, dass man auf die geplante Änderung des Uniform-Reglements verzichte, da

### Schweden toleriert das Kopftuch

I. M. Das norwegische Justizministerium hat bei seinem ursprünglichen Vorschlag, religiöse Kopfbedeckungen im Polizeidienst zuzulassen, auf Grossbritannien und Schweden verwiesen. Während auf den Britischen Inseln ein Dutzend Polizistinnen mit Kopftuch Dienst leistet, kennt Schweden keinen einzigen Fall. Einzig auf dem Flughafen von Stockholm arbeitet eine Zivilbeamtin mit dem Hijab; die Grenzkontrollleurin trägt ihre privaten Kopftücher. Nach Auskunft einer Sprecherin der Reichspolizei hat man eine positive Grundeinstellung gegenüber Schleier, Turban oder Kippa, sofern diese in Form und Farbe passend sind und die Sicherheit nicht einschränken. Mit dieser Haltung ist man einer Forderung des Diskriminierungs-Ombudsmanns nachgekommen. Einen prinzipiellen Beschluss zur Kopftuchfrage hat Schweden aber nicht gefasst, da bisher kein entsprechendes Gesuch eingetroffen ist. Sollte eine Person in Polizeiuniform eine religiöse Kopfbedeckung tragen wollen, muss die Reichspolizei Stellung nehmen.

diese doch kein ideales Mittel sei, um die Rekrutierung ethnischer und religiöser Minderheiten in den Polizeidienst zu fördern.

Doch damit ist das Thema nicht vom Tisch. Die Opposition verlangt Einblick in die Denk- und Entscheidungsprozesse des Justizministeriums und der Regierung; Storberget muss dem Kontrollkomitee des Parlaments demnächst Red und Antwort stehen. Verwirrung herrscht auch über die Frage der Verantwortung. Storberget nahm zwar die volle Verantwortung für sein Ja zum Hijab auf sich, sagte aber auch, er habe selbst zu diesem Zeitpunkt noch keine Meinung gefasst. Wer im Justizdepartement hat dann entschieden? Diese Woche beriefen sich norwegische Medien zudem auf Dokumente, laut denen die Regierung Ende Januar Ja zum Kopftuch sagte. Ministerpräsident Stoltenberg dementierte umgehend und erklärte, man habe die Sache nur besprochen, aber keinen Entschluss gefasst. Im Gegenteil soll laut, nach einem Artikel der Zeitung «Aftenposten», eine Mehrheit der Minister für ein Kopftuchverbot bei der Polizei ausgesprochen haben. Dies wiederum führt zur Frage, warum das Justizministerium den umstrittenen Vorschlag dennoch publik machte.

Auch die norwegische Gleichstellungs- und Diskriminierungsbeauftragte Beate Gangås hat sich zu Wort gemeldet. Sie verlangt von Storberget eine ausführliche Begründung des Hijab-Verbots, um zu prüfen, ob dieses einem Berufsverbot gleichkomme. In norwegischen Spitälern, in der Zollverwaltung und der Armee sind religiöse Kopfbedeckungen nämlich zugelassen.